



SPD-Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

Drucksache Nr.:
09595-07-E1

An den
Vorsitzenden des Rates der Stadt Dortmund

27.08.2007

Gemeins. Zusatz- /Ergänzungsantrag zum Tagesordnungspunkt

Sitzungsart:	Stellungnahme	TOP-Nr.:
öffentlich		10.3
Gremium:		Beratungstermin:
Rat der Stadt Dortmund		30.08.2007

Tagesordnungspunkt

Zukunft des Klinikums

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

1. Der Rat stellt fest, dass die derzeitigen strukturellen Rahmenbedingungen für zentrale Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft nicht geeignet sind, nachhaltig zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Klinikums Dortmunds beizutragen.
2. Der Rat ist der Auffassung, dass die Letztverantwortung für die Gesundheitsversorgung durch Krankenhäuser und damit über die Festlegung von Schwerpunkten dem Land obliegt. Auf dieser Grundlage müssen Entscheidungen über die Finanzierung von Projekten getroffen werden.
3. Die Umstellung von der Förderung einzelner Bauvorhaben und Einkäufe auf eine Pauschalförderung muss sicherstellen, dass die Mittel in der ursprünglich vorgesehenen Höhe fließen und die Planungssicherheit gewährleistet bleibt.
4. Der Rat kritisiert die Art und Weise des Vorgehens der Landesregierung, die Finanzierungszusagen durch die Umstellung der Förderpraxis obsolet macht und dringend notwendige Investitionen verzögert.

5. Das Land wird aufgefordert, die Planungssicherheit für das Zentrale OP-Zentrum am Klinikum Dortmund durch die Bereitstellung entsprechender Landesfördermittel zu erhalten und damit eine der unabdingbaren Voraussetzungen für die Wirtschaftlichkeit des Klinikums zu schaffen.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, das neue Pauschalierungssystem in der Krankenhausinvestitionsförderung des Landes rechtlich zu prüfen und dem Rat darzulegen, wie eine seit 2006 erhöhte Krankenhausumlage in Höhe von 6,4 Mio Euro durch die Stadt Dortmund mit einer wesentlich niedrigeren Investitionspauschale vereinbar ist.
7. Der Rat fordert die Landesregierung darüber hinaus auf, darauf einzuwirken, dass baldmöglichst ein bundeseinheitlicher Basiswert eingeführt wird und die besonderen Leistungen der Krankenhäuser der Maximalversorgung angemessen vergütet werden.
8. Der Rat spricht sich dafür aus, die kommunale Trägerschaft am Klinikum Dortmund zu erhalten und eine Privatisierung des Klinikums zu verhindern.
9. Der Rat begrüßt die Erfolge bei den Konsolidierungsbemühungen der Klinikleitung, die unter anderem auf eine erhebliche Leistungssteigerung bei den Beschäftigten zurückzuführen sind.
10. Der Rat hält es für unerlässlich, dass die Klinikleitung Dortmund die wirtschaftliche Lage des Klinikums und die Entwicklung seit dem in Kraft getretenen Zukunftsabkommen transparent und nachvollziehbar darstellt. Es muss deutlich werden, auf welcher Grundlage Zukunftsprognosen erstellt werden können.
11. Eine Entscheidung des Rates über einen kommunalen Beitrag zur Konsolidierung erfolgt erst nach einer umfassenden Risikoanalyse, die entscheidungsrelevante Informationen im Hinblick auf verschiedene Planungsvarianten beinhaltet. Diese sind nachvollziehbar mit einem differenzierten Risikomanagementsystem zu koppeln, dass eine permanente Risikosteuerung ermöglicht.

Mit freundlichen Grüßen

SPD Fraktion im Rat der
Stadt Dortmund

gez. Ernst Prüsse
f.d.R. Dr. Andreas Paust

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat der
Stadt Dortmund

gez. Mario Krüger
f.d.R. Petra Kesper